

Am 25. November wir über die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ab.

Nebelpetarden der SVP in Orange

Um ihre gefährliche Anti-Menschenrechts-Initiative durchzubringen, spielt die SVP mit gezinkten Karten und vermischt alles mit allem. Eine Entwirrung.

Die aktuelle SVP-Initiative: Gegen die Menschenrechte

Nächsten Monat stimmen wir über die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ab. Diese hat die SVP lanciert, weil es ihr nicht passt, dass auch ein Volksentscheid korrigiert werden muss, wenn er Menschenrechte verletzt. Ein besonderer Dorn im Auge ist den Rechten die Unabhängigkeit der Schweizer Bundesrichterinnen und Bundesrichter - und dass sich diese bei der Urteilsfindung auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) berufen können. Und dass sich Menschen, die sich in der Schweiz von Gerichten unkorrekt behandelt fühlen, am europäischen Gerichtshof ein abschliessendes Urteil verlangen dürfen. Wie wichtig das ist, zeigt zum Beispiel der Skandal um die Asbestopfer.

Weil die SVP inzwischen gemerkt hat, dass ihre Wut auf die Menschenrechte bei der Mehrheit schlecht ankommt, wirbt sie jetzt quasi unter falscher Flagge für ihre Initiative: Es gehe um die Rettung der direkten Demokratie, behauptet sie, dabei will die Initiative die Kündigung der EMRK und Hunderter für die Wirtschaft zentraler Verträge. Dafür wirbt die SVP auf anonymen orangen Plakaten, was vor allem die CVP auf die Palme bringt, weil das ihre Hausfarbe ist.

Die eingereichte SVP-Initiative: Gegen den Arbeitnehmendenschutz

Darf man eine SVP-Initiative auch mal rühmen? Ja, die Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung muss man sogar ausdrücklich loben. Nicht für den Inhalt, der ist katastrophal.

Sondern dafür, dass sie seit Jahrzehnten die einzige ehrliche Initiative der Blocheristen ist. Keine Vortäuschung von Tatsachen, keine widersprüchlichen und nicht umsetzbaren Formulierungen - einfach fadegrad. Nach Annahme d Initiative hat der Bundesrat ein Jahr Zeit, um mit der EU die Beendigung der Personenfreizügigkeit auszuhandeln. Gelingt das nicht (was klar ist), muss er das Abkommen kündigen. Neue Verträge zur Personenfreizügigkeit sind verboten. Die SVP will zurück zur unmenschlichen und untauglichen Kontingentspolitik die ab dem Zweiten Weltkrieg sämtliche in der Schweiz bezahlten Löhne gedrückt hatte (rebrand.ly/arbeltsmarkt). Sie will zurück zur Baracken-Schweiz der 1970er Jahre. und sie will zurück zur quasi institutionalisierten Schwarzarbeit. Das alles wollte die Milliardärenpartei schon lange, nur so offen hat sie es noch nie gesagt. Die Initiative ist ein Frontalangriff auf die bilateralen Verträge und damit auf die flankierenden Massnahmen.

Was hat das alles mit dem EU-Rahmenabkommen zu tun?

Nichts - und doch einiges. Die SVP versucht, den gewerkschaftlichen. Widerstand gegen die Aufweichung der flankierenden Massnahmen zu vereinnahmen. Zur Erinnerung: Der SGB hält - in Übereinstimmung mit dem Gesamtbundesrat - daran fest, dass der Schweizer Lohnschutz nicht Teil des EU-Rahmenabkommens sein darf. Die SVP-Rhetorik ist doppelt hinterhältig. Einerseits, weil das linke Nein zu den Abbauplänen der beiden FDP-Bundesräte (und einiger Wirtschaftsverbandsideologen) kein isolationistisches Nein ist. Im Gegenteil: die Schweizer Gewerkschaften werden dabei von den europäischen Gewerkschaften unterstützt, die sich ebenfalls für den Schutz vor Lohndumping unter dem Deckmantel der Personenfreizügigkeit einsetzen. Andererseits, weil führende SVP-Vertreterinnen und -Vertreter, darunter EMS-Milliardärin und Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, noch im vergangenen Februar vor die Medien traten und gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU damit argumentierten, dass die Flankierenden die Lohnabhängigen zu gut schützen würden.

Augen auf

Das Beharren von Gewerkschaften und SP auf wirksamem Schutz der Schweizer Arbeitsbedingungen ist keine unheilige Allianz mit der SVP. Der SGB ist nicht die „neue Auns von links“. Im Gegenteil. Das Nein der SVP zur Menschenrechtskonvention, zu den bilateralen Verträgen im allgemeinen und der Personenfreizügigkeit im besonderen ist nationalistisch und arbeitnehmerfeindlich. Die Absage der Gewerkschaften und der linken Parteien an Verhandlungen zum Abbau des Lohnschutzes dagegen ist im Interesse aller Arbeitnehmenden in der Schweiz - unabhängig von Nationalität und Wohnort. Das Nein der Gewerkschaften, der Linken und der Mitte zur Anti-Menschenrechts-Initiative ist im Interesse aller, die keine Milliarden haben, um sich „ihr Recht“ zu kaufen.

Clemens Studer.

Work, 19.10.2018.

Personen > Studer Clemens. Selbstbestimmungs-Initiative. Work, 2018-10-19